

„Berliner Tageblatt“ erscheint monatlich, zweimal, Sonntag einmal. Man abonniert bei allen Postämtern des Reiches...



„Berliner Tageblatt“ a. „Sonntags-Beilage“ sowie das illustrierte „Wochenblatt“...

Berliner Tageblatt

Nr. 103. 36. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Dienstag 26. Februar 1907

Bülows Programm.

Der Reichskanzler Herr Bülow hat gestern im Reichstage der hauptsächlichsten Punkte nicht eben mit Wohlwollen gedacht. Nur eine rühmliche Ausnahme erkannte er...

Das könnte wie ein Streit um Worte aussehen, aber es ist zuletzt charakteristisch für die politische Lage, wie sie Herr Bülow nicht. Es geht gegen den Widerstand des Abgeordneten...

So läuft im Grunde alles darauf hinaus, in dem bequemen Fahrwasser, das heute mit launenhaftem Rückwärtsgehen weiter zu fahren. Schuld der nationalen Arbeit, Schuld der gewerblichen Arbeit, Schuld der Landwirtschaft...

Wäre die liberale Seite auch noch da; sie sind sogar unentbehrlich, wenn die „nationalen“ Aufgaben nicht vollständig sollen. Auf die Schutzpolitik in ihrem weitesten Umfange fällt wenigstens die liberale Linke bestimmt nicht hinein.

Das alles ist natürlich wunderbar. Wenn wir auch nicht wissen, wie diese Reformen aussehen werden — weiß es eigentlich Herr Bülow selbst schon? — so finden wir doch keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß so allen vom Herrn Bülow berührten Gebieten Reformen dringender notwendig sind.

nicht in unserer Arme durch allerlei Vereinfachungen enorme Ersparnisse gemacht werden können — Ersparnisse, die noch dazu der Schlagfertigkeit der Arme zugute kommen würden? Wer wäre im Innern über die geradezu entwürdigende Stellung, in die unsere Wärfel durch die Mehrheit des „nationalen Schutzes“ gebracht worden ist?

„Denn“ ist nichts weniger als vollständig; ihr fehlt vor allem die wichtigste Reform, die eigentlich nichts weiter als die Durchführung einer Verfassungsreform ist, nämlich die Neuerteilung der Reichstagswahlkreise auf Grund der heutigen Verteilung der Bevölkerung.

„Aber wenn schon alles, was Herr Bülow „denkt“, zur Wirklichkeit wird, dann ist längst noch nicht von einer Wärfelung liberaler und konservativer Parteien die Rede, denn sich beide noch immer so feindselig gegenüber wie am Anfang.

Das Kabinett Botha.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 25. Februar.

Das Kabinett hat seine Selbstregierung wieder erlangt; das erste Kabinett ist gebildet, vornach die amtliche Amtsinhabung noch einige Tage auf sich warten lassen wird. Ein neuer Schritt steht als Premier und Minister der Angelegenheiten der Eingeborenen General Botha, derliche General, der die Truppen der Transvaal-Republik vor fünf Jahren mit großer Tapferkeit gegen die Engländer geführt, der aber auch, als die Fortsetzung des Krieges ein Ungewand wurde, den Hut gehat hat, in Friedensverhandlungen eingetreten.

Der heutige Premier trägt eine Schuld daran. Man sollte daher, wenn Botha am vorigen Donnerstag in Johannesburg auf 15,000 Menschen auch nicht mit dem Gedächtnis „Derliche König, jenseits Flagg“ herangezogen wäre, schon deshalb an seiner Popularität nicht zweifeln. Die kapitalistischen Mächte Londons schlagen dennoch einen gefährlichen und verwerflichen Schritt über Botha als Premier in London und das „Welt“-Ministerium im Allgemeinen an. Es ist vielleicht angezeit, gerade jetzt daran zu erinnern, was General Botha die Welt unmittelbar nach dem Londoner Besuch einem Freunde erwiderte, der ihn fragte, ob der Friede eine definitive Erledigung oder nur ein Waffenstillstand sei, um neue Kräfte zu sammeln.

Das englische Element ist in dem Kabinett durch zwei Persönlichkeiten vertreten, durch Curllinan, den Minister für Land- und öffentliche Arbeiten, und den Schatzsekretär G. E. Hall. Curllinan war der Entwurfer und Direktor der ersten Diamantmine. Er vertritt vornehmlich die Interessen der Arbeiter, sondern ist unter dem „Welt“-Programm gewählt. Der neue Transvaalminister G. E. Hall scheint der nationalistischen Gruppe angehängt zu sein. Er war eines der Reformmitglieder in Johannesburg zurzeit des Januaraufstandes und fand sich mit Botha wohl kurz vor Ausbruch des Krieges über die Forderungen größerer Freiheiten für die Ländereien zusammen. Hall erscheint damals als Unterzeichner einer Petition an den Staatssekretär Reich mit Wittenmagaten zusammen, die beide den burenfeindlichen Vorstellungen angehören, er ist also jedenfalls auch kein Vertreter der liberalen Partei.

Genau auf dem Standpunkt Bothas bezüglich des persönlichen Zusammengehens mit dem englischen Elemente steht Sir John Henry de Villiers, ein Afrikaner, und der tatsächliche, wenn auch nicht nominale Führer der Kabinets. Dieser bedeutende Jurist, den Präsident Kruger berief in unverantwortlicher Weise beizubehalten, als er sich in richtiger Ehrenhaftigkeit nicht seinen Sonderansichten fügen wollte, war wie Botha ein Gegner des Krieges. Er befehligt die höchsten juristischen Ehrenstellungen, ist Chief of Justice der Kapkolonie und Präsident des obersten Gerichtshofes. Die Tatsache, daß er zum Ritter geschlagen wurde, ist eine Würdigung dafür, daß er die Treue zu der Heimat mit der Tapferkeit gegen die Flagg zu vereinen weiß. In diesem Kategorie der Mitglieder des Kabinetts gehört der Advokat Smuts, ein gewandelter und tüchtiger Redakteur, der seit 1882 im Dienste der Kapkolonie stand und in letzter Zeit die Stelle eines britischen Kommissars für Swasiland bekleidete. Obwohl Afrikaner von Geburt, wird man ihm kaum nach so langer Beschäftigung unter britischen Autoritäten einen Treubruch gegen England antun können. Johannes Riffis, der Finanzminister, ebenfalls ein Afrikaner, ist früher „Entworfener General“ der Oberlandwehrer Transvaal gewesen, nachdem ihm die 1886 erlassene Statut Kapstadt zugewandt worden. Das Kabinett hat in ihm ein ausgezeichnetes technisches, mit allen Mineralverhältnissen bekanntes Mitglied. — Hinsichtlich der Chinafrage steht das Kabinett Botha auf dem Standpunkt, keine Forderung von China vorzunehmen, bevor nicht die Arbeit der Schwärzen mit proportioneller Arbeit der Weißen geschieht ist. Doch dürfte die Forderung schwerer Arbeiter mit größerem Ernst und Nachdruck vertreten werden als bisher. Der weitere Verlauf in der Aufhebung der südafrikanischen Verhältnisse dürfte nun von der Zusammenfassung der Einzelstaaten zu einer Staatenbunde sein. Und damit wird sich die Erfüllung des Wunsches König Eduards vollziehen, den er am Sonnabend bei der Eröffnung der vereinigten südafrikanischen Ausstellung von Randesprodukten in folgenden Worte zusammenfaßte: „In dieser gemeinsamen Aktion sehe ich einen neuen Beweis der notwendigen Einheit Südafrikas, deren Beteiligte in jeder Beziehung der Wunsch meines Herzens ist.“

Brief eines Duma-Abgeordneten.

Ein Mitglied der vorigen Duma schreibt uns aus St. Petersburg:

Schon heute kann man, nach den bisherigen Wahlergebnissen, mit gutem Gewissen sagen: Herr Stolypin hat das Spiel verloren. So glänzend haben sich wohl die größten Optimisten in der Kadettenpartei die Wahlergebnisse nicht gedacht. Ein paar Tage vor der Moskauer Schlacht meinten wohlinformierte Politiker, daß die Kräfte der beiden konkurrierenden Parteien, Kadetten und Okzobristen, einander ungefähr gleich wären. Das endgültige Ergebnis schien vom Verhalten der extremen Linken abzuhängen, und da die Herren Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre im letzten Augenblick mit eigenen Kandidaten hervortraten, sah der Himmel der Kadetten recht grau aus. Um so größer ist jetzt die Freude, da sämtliche 160 Wahlmänner gestagt haben. Von 39,822 abgegebenen Stimmen fielen 21,366 auf die Kadetten, das ist 54 Prozent, also die absolute Majorität, während nach dem geltenden Wahlrecht (da es in Rußland keine Stichwahlen gibt) schon die relative Mehrheit ausreicht. Das erstaunliche war aber der Umfang der Stimmen für die Okzobristen: von 12,490 ging ihr Anhang auf 9796 zurück, während der „Verband russischer Leute“ es im ganzen nur auf 164 Stimmen brachte: eine praktische Illustration zur tatsächlichen Bedeutung dieser Stützen von Thron und Orthodorie, die noch unlangst in Telegrammen an Kaiser Wilhelm und König Eduard mit sechs Millionen Anhänger prahlten! Wenn sie in Moskau, im Zentrum der Orthodorie und des Autokratentums, kaum 8 Prozent der Wähler unter sich vom Metropolitankreis und der Gesellschaft gerechnet fassen konnten, so muß es mit dieser Gesellschaft im übrigen Rußland noch viel trauriger stehen. Und wie kurzfristig erscheint eine Regierung, welche sich mit dazwischen Elementen verbindet und sich ganz umsonst kompromittiert! Während in Moskau und in größeren Provinzhäusern die Liberalen nicht einmal ihre Kandidatenlisten vorzeichnen durften, die liberalen Versammlungen aufgelöst wurden und einengedungen populäre Männer auf administrativen Wege angeworben wurden, durfte in Moskau Herr Grinmütz schrankenlos agitieren, und selbst Artikel und Flugblätter, in denen die Frage aufgeworfen